

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Eine Diplomatenkonferenz folgt.

Wahrscheinlich in London. — Auch die Rheinlandsräumung auf der Tagesordnung?

London, 8. Juni. Wie Reuters erfährt, herrscht in maßgebenden Kreisen Londons Verwirrung über den erfolgreichen Abschluß der Sachverständigenverhandlungen in Paris. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß der Befund des Sachverständigenausschusses für die Regierungen nicht bindend ist, sondern lediglich den Charakter von Vorschlägen trägt. Man erwartet daher, daß in absehbarer Zeit eine weitere Konferenz stattfinden wird, und zwar möglicherweise in London, wie auch seinerzeit bei der Unterzeichnung des Dawes-Planes. Diese Konferenz würde sich mit der Frage der Zustimmung der verschiedenen Regierungen zu dem Bericht der Sachverständigen zu befassen haben und wohl auch die Gelegenheit wahrnehmen, andere Fragen von Bedeutung, wie die Frage der Räumung der Rheinlande, zu besprechen.

Frontkämpfer protestieren.

Paris, 8. Juni. (Volff.) Die nationale Vereinigung der Frontkämpfer hat heute in allen Orten Frankreichs einen Protest gegen den Young-Plan plakatiert lassen. Es heißt auf den Plakaten: Franzosen! Nachdem ihr den Blutvoll entrichtet habt, werdet ihr für Euch und Eure Kinder zugeben, daß ihr die Kriegskosten zahlt und so die Sklaven der deutsch-amerikanischen Finanzwerdet? Die ehemaligen Frontkämpfer lehnen das ab!

Vom Dawesplan zum Youngkompromiß.

Was hat Deutschland nach der Pariser Regelung zu leisten?

Nach 16 wöchentlichem Kampf, der reich an Überraschungen und Krisen war, ist jetzt in Paris eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Wenn die Regierungen der beteiligten Länder den Vorschlag der Sachverständigen annehmen, tritt an Stelle der Dawesregelung von 1924 das sogenannte Pariser Youngkompromiß. Die Verhandlungen in Paris und

Eine bessere Lösung war nicht möglich.

Pariser Pressestimmen:

Paris, 8. Juni. Die Pariser Presse kommentiert zwar ohne jede Begeisterung den neuen Verteilungsplan für die deutschen Reparationen, begrüßt aber nichtsdestoweniger mit scheinbarer Befriedigung die Tatsache, daß endlich eine Einigung erzielt wurde.

Der „Petit Parisien“ schreibt: Der Young-Plan ist ein Kompromiß. Als solcher entspricht er dem Wunsch weder der einen noch der anderen der interessierten Parteien. Von allen hat er Opfer gefordert. Sein Vorteil aber ist, daß er eine teilweise Befriedigung allen, sowohl dem Schuldner als auch den Gläubigern, verschafft. Er wurde von 14 hervorragenden Finanzmännern ausgearbeitet, und es ist nicht übertrieben gesagt, daß eine bessere und vorteilhaftere Lösung im Hinblick auf die gegebenen Umstände überhaupt nicht hätte erzielt werden können.

Das linksgerichtete Blatt „Deuvre“ meint, der Young-Plan könne die definitive Regelung der nach dem Krieg entstandenen internationalen finanziellen Probleme bedeuten. Bedingung dafür aber ist, daß eine solche Auffassung alle teilen, und daß der Zusammenhang der deutschen Reparationen mit den interalliierten Schulden von allen als unvermeidlich anerkannt wird.

ihre Ergebnisse werden wohl am besten durch folgende Tabelle festgehalten, in der die Anforderungen aus dem Youngkompromiß dem Dawesplan und den Vorschlägen der Gläubigerstaaten und der deutschen Delegation gegenübergestellt werden. Die dritte Spalte enthält den mit 5,5 Prozent errechneten Gegenwartswert der Gesamtleistungen.

	Zahl der Jahre	Jährl. Durchschnittsleistung (in Millionen Reichsmark)	Gegenwartswert insgesamt
Dawesplan	unbestimmt	2500	—
Vorschlag der Alliierten	37 Jahre	2198	—
	21	1700	39.500
	1 Jahr	900	—
Vorschlag Schwabts	37 Jahre	1650	26.500
	37	2050 (mit Daweszins)	33.500
	21	„	„
Youngkompromiß	„	„	„

Das Youngkompromiß verlangt von Deutschland eine durchschnittliche, 37 Jahre lang zu leistende Annuität von rund 2050 Millionen Mark einschließlich der Zinsen für die Dawesanleihe und von 1989 Millionen Mark ausschließlich dieser Zinsen. Für das Übergangsjahr 1929/30, in dem Deutschland 5 Monate lang nach dem Dawesplan und 7 Monate lang nach dem Youngplan zu zahlen hat — der Youngplan gilt genau 36 Jahre und 7 Monate, das Youngjahr rechnet, wie das deutsche Staatsjahr, von April zu April — und für die folgenden 10 Youngjahre ergeben sich gegenüber dem Dawesplan folgende Zahlungsverpflichtungen Deutschlands:

Jahre	Jahreszahlung (in Millionen Mark)	Weniger als Dawesplan:
1929/30	1933	ca. 750 — 567
1930/31	1708	750 — 792
1931/32	1685	700 — 815
1932/33	1738	650 — 762
1933/34	1804	600 — 696
1934/35	1867	550 — 633
1935/36	1893	500 — 607
1936/37	1940	450 — 560
1937/38	1977	400 — 523
1938/39	1995	350 — 505
1939/40	2043	300 — 457

Ab 1940/41 steigen die Jahresleistungen auf 2200 bis 2300 Millionen Mark an. Der Unterschied gegenüber dem Dawesplan verringert sich entsprechend. Die hauptsächlichsten Veränderungen gegenüber dem Dawesplan sind folgende: Die Dauer der Reparationsleistungen ist auf 37 Jahre festgelegt, während der Dawesplan keine bestimmte Dauer hatte. Der Dawesplan sah auch für die deutschen Zahlungen keine Endsumme vor. Allerdings wird im Youngkompromiß auch keine Endsumme festge-

legt; die deutsche Leistung wird aber auf 37 Jahre beschränkt. In den folgenden 21 Jahren sollen die Alliierten noch die Ueberträge der Reparationsbank erhalten, deren Höhe niemand kennt, die aber die Schuldentilgung der Alliierten an Amerika in den vorgesehenen 21 Jahren decken sollen. Gegenüber dem Dawesplan bedeutet das Youngkompromiß jährliche Zahlungserleichterungen, die von 815 Millionen Mark auf etwa 200 Millionen Mark bei den höchsten Jahresleistungen zurückgehen. Die Zahlleistungen auf Reparationskonto werden von rund 750 Millionen Mark im Übergangsjahr jährlich um 50 Millionen Mark abgebaut. Im 11. Youngjahr verschwinden sie vollständig. Die pfandmäßige Belastung der Reichsbahn mit 11 Milliarden Mark Reichsbahnobligationen wird beseitigt. Die Reichsbahn trägt für 37 Jahre gleichmäßig 645 Millionen Mark (bisher 660 Millionen) zu den Reparationen bei und führt sie der Reparationsbank über deren Konto bei der Reichsbank direkt zu. Auch die Belastung der Industrie mit 5 Milliarden Industrieobligationen wird aufgehoben. Die Industrie hat aber die der Industriebelastung entsprechenden 330 Millionen Mark pro Jahr aufzubringen, wie auch bei der Reichsbahnobligations- und Verkehrssteuer von mindestens 200 Millionen Mark in Kraft bleibt. Daran ändert das Youngkompromiß nichts.

Wesentlich für den Youngplan ist die Tatsache, daß man eine Zwecklösung gesucht und gefunden hat. Die deutsche Gesamtleistung soll unbedingt sicherstellen: 1. die Abgeltung der Kriegsschäden, d. h. Zahlungen für die eigentlichen Reparationen. Von jeder Jahresleistung werden 37 Jahre lang jährlich und gleichmäßig rund 743 Millionen Mark dazu verwendet. Diese 743 Millionen Mark pro Jahr sind die

Grundlage für die vorgesehene teilweise Umwandlung der deutschen Leistungen in private Reparationsanleihen, die man Kommerzialisierung nennt. Damit dieser Betrag auch jedes Jahr sicher zur Verfügung steht, bleibt ein Teil der deutschen Jahresleistungen, insgesamt 660 Millionen Mark, die ganzen 37 Jahre hindurch ungeschädelt. Diese 660 Millionen Mark müssen auf jeden Fall gezahlt werden. Für sie fällt der im Dawesplan vorgesehene Transferfort. 2. Sicherstellung der interalliierten Schuldentilgungen. Dazu wird die über 743 Millionen Mark hinausgehende Differenz der deutschen Jahresleistungen verwandt. Für diesen Teil der deutschen Leistungen wird zur Sicherstellung der deutschen Währung der Transferfort aus dem Dawesplan übernommen.

Die Durchführung des Transferfortes erfolgt durch die zu gründende Reparationsbank, die ein Kapital von 300 Millionen Mark aus den Kassenspenden des Reparationsagents erhalten soll. Die Reparationsbank erhält sämtliche Zahlungen Deutschlands und leitet sie weiter. Sie kann, wenn die Umwandlung der deutschen Markzahlungen in Devisen die deutsche Währung gefährdet, ein Reparationsmoratorium für den geschützten Teil der deutschen Jahresleistungen (1000 bis 1400 Millionen Mark) anordnen. Tritt das Moratorium in Kraft, dann muß Deutschland zwar zahlen. Von der Ausbringung seiner Schuld wird es nicht entbunden; aber die Uebertragung in Devisen unterbleibt. Wird diese Regelung für ein Jahr notwendig, dann kann Deutschland einen vorläufigen Zahlungserlass für die Hälfte des geschützten Teiles seiner Zahlungen bei der Reparationsbank beantragen. Es nimmt dann das im Youngkompromiß vorgesehene Ausbringungsmoratorium für sich in Anspruch.

Die Errichtung der Reparationsbank macht den Reparationsagenten überflüssig. Mit dem Dawesplan verschwindet also auch der Reparationsagent aus Deutschland; mit ihm seine Gehilfen, also der Kommissar für die verpfändeten Zölle und Verbrauchsteuern, der Eisenbahnkommissar, der Kommissar bei der Reichsbank und die Treuhänder für die Eisenbahn- und Industrieobligationen. Das bedeutet die Aufhebung der Pfänder und der Kontrollen.

Minderheitenkomitee.

Deutsche Vorbehalte angemeldet.

Madrid, 8. Juni. Die dritte Sitzung des Ratiskomitees für die Minderheitenfrage dauerte fast drei Stunden. Nach der Durchberatung der elf Punkte, bei denen in bezug auf die Verfahrensfrage eine Reihe von Verbesserungen gegenüber den Vorschlägen des Londoner Dreierberichtes vorgenommen wurde, ist die nächste Sitzung auf kommenden Dienstag anberaumt worden. Mit dem Ergebnis der heutigen Beratungen bleibt die deutsche Stellungnahme unverändert aufrechterhalten, insbesondere in bezug auf die beiden großen prinzipiellen Fragen der Initiatorgarantie des Völkerbundes zum Schutze der Minderheitenrechte und das Minderheitenproblem als solches in seiner Gesamtheit.

Soweit in den einzelnen Verfahrensfragen sich die deutsche Auffassung nicht durchsetzen konnte, wurden deutsche Vorbehalte angemeldet, die bei der Beratung des Minderheitenproblems im Völkerbundrat selbst eine besondere Rolle spielen dürften.

Stierkämpfe zu Ehren der Völkerbund-Delegierten!

Madrid, 8. Juni. (Fabra.) Die Mehrzahl der Delegierten an der Völkerbundrats-sitzung fand sich gestern als Zuschauer in der Stierkampfarene ein, wo ihnen zu Ehren Stierkämpfe veranstaltet wurden. Eine amtliche Note dementiert die in einigen ausländischen Blättern aufgetauchte Meldung und erklärt, die ausländischen Korrespondenten unterliegen bei ihren in das Ausland abgeordneten telegraphischen oder telephonischen Meldungen weder einer Kontrolle noch einer Zensur.

Strefemann in Madrid.

Madrid, 8. Juni. Reichsaußenminister Dr. Strefemann und Gemahlin sind heute Abend in Madrid eingetroffen. Der spanische Ministerpräsident Primo de Rivera empfing den deutschen Vertreter im Völkerbundrat auf dem Bahnhofs-

Der Pariser Pact.

Nach viermonatelangen Verhandlungen, die vor vier Wochen knapp vor dem Abbruch standen, ist es zwischen den Sachverständigen in Paris nun doch zu einer Einigung in einer der bedeutendsten Fragen der Weltpolitik und Weltwirtschaft gekommen: in der Frage, wie groß die Entschädigung sein soll, die Deutschland den Siegern im Weltkriege zu bezahlen hat.

Eine erstmalige Regelung dieses für Deutschlands nächste Zukunft einschneidendsten Problems wurde 1924 im Dawes-Plan getroffen. Danach sollte Deutschland jährlich 2,5 Milliarden Mark in Geld und Waren entrichten. Aber diese Summe war weder eine feste — sie konnte nach einem bestimmten Schlüssel, dem sog. Wohlstandsindex gesteigert werden — noch war die Anzahl der Jahre, durch welche der erwähnte Betrag geleistet werden sollte, festgesetzt. Deutschland hatte also ein Interesse daran, daß seine Reparationszahlungen endgültig geregelt würden. Daran waren auch die Gläubigerländer, allen voran Frankreich, interessiert, die ihre Staatswirtschaft auf feste Grundlagen stellen müssen und außerdem ihr Geld wirklich bekommen wollten. Der Dawesplan enthielt nämlich die sog. Transferfort, d. h. der Reparationsagent wachte darüber, daß bei der Ueberführung so gewaltiger Summen von Seiten Deutschlands dessen Währung nicht gefährdet werde, zu welchem Zwecke er die Verwandlung von Markguthaben in die Valuten der Gläubigerländer bremsen konnte, wodurch sich der Uebergang der deutschen Zahlungen in die Hände der Entente-Länder verzögerte.

Im neuen Young-Plan sind nun die Zahlungen Deutschlands niedriger, sie beginnen mit einer Jahressumme von 1700 Millionen Mark und steigen bis zum 25. Jahre auf 2400 Millionen. Die jährliche Durchschnittsleistung Deutschlands beträgt 2050 Millionen Mark, bleibt also um 450 Millionen hinter der Jahreszahlung nach dem Dawes-Plan zurück. Die Zahl von Deutschlands Jahreszahlungen wird mit 58 bestimmt, davon hat das Reich die eben genannte Summe allerdings nur 37 Jahre zu leisten, während in den letzten 21 Jahren sich die Annuität in den Grenzen von 900 bis 1700 Millionen hält. Dabei kann man mit einiger Wahrscheinlichkeit sagen, daß Deutschland in dieser zweiten Phase der Reparationszahlungen die festgesetzten Summen kaum wird aufbringen müssen, weil die Gläubiger sich dazu verpflichten, daß von dem event. Schuldennachschuß, den Amerika seinen früheren Verbündeten gewährt, volle von dessen Zahlungen abgeschrieben werden. Was endlich den Transferfort betrifft, so erstreckt sich dieser nur auf einen Teil der deutschen Zahlungen, während 660 Millionen ungeschädelt bleiben.

Etwas ganz neuartige in der nunmehrigen Regelung dieser größten Kriegsentchädigung, welche die Weltgeschichte kennt, ist die Schaffung einer internationalen Bank. Dieser obliegt das Inkasso der von Deutschland zu leistenden Zahlungen und deren Verteilung unter die Gläubigerländer (nach einem Schlüssel, der gleichfalls in Paris vereinbart wurde). Weiters hat die Bank über den Transferfort zu entscheiden und die in Mark geleisteten Summen in fremde Währungen überzuführen. Ein Teil des Gewinnes der Bank soll endlich dazu verwendet werden, mit zur Deckung der letzten 21 Annuitäten zu dienen, wodurch also Deutschlands Verpflichtungen eine weitere Verminderung erfahren.

Es ist ohne Zweifel, daß diese Bank für das Wirtschaftsleben der nächsten Jahrzehnte eine außerordentliche Bedeutung erlangen wird. Durch ihre Hand werden jährlich nicht nur die zwei Milliarden Mark gehen, die Deutschland abzuführen hat, sondern sie kann auch z. B. im Zusammenhang mit dem Transferfort oder der Finanzierung der deutschen Sachlieferungen alle bankmäßigen Geschäfte betreiben und



Die größte illustrierte Wochenchrift... Erscheint jeden Samstag überall erhältlich

Inland

Ein neuer Kämpfer für die Pressefreiheit: nämlich die — Národní Listy!!!

Mittwoch ist etwas Schreckliches passiert: die „Národní Listy“, das staatsfeindliche aller staatsfeindlichen Blätter, sind mit ihrer Abendausgabe konfisziert worden!

Daraufhin geschah Donnerstag etwas wahrhaftig noch Schrecklicheres: die „Národní Listy“ plädierten in einem Leitartikel für die Pressefreiheit, ja sie versiegen sich dazu, diesen Ruf in eine zynische, die Gesetze der Republik scharfer Verachtung unterziehende Form zu kleiden.

Tisk je pry svoboden.

Im Deutsch der Schweizerfärbung würde das, und nur so ist es naturecht wiedergegeben, heißen:

Die Presse ist hörich frei.

Und nun beginnt eine lebhaftere Auseinandersetzung in der versucht wird, dem Jenschor das Patriotische des Beginnens vom Mittwoch klar zu machen. 8000 Mark habe der Falout bekommen. Wofür? Doch nicht für wertlose Dokumente? Es müssen wertvolle gewesen sein.

Den Höhepunkt der dramatischen Auseinandersetzung mit der Zensur... die Kramak doch mandesmal vom Lenaberg gesandt ins Tal...

„Ganz ohne Sentimentalität erinnern wir an eine Sache. Es war im Jahre 1913, also unter Oesterreich, unter krenker Zensur, unter dem Wiener Regime. Und es war gerade in den letzten Mailagen und Anfang Juni, als damals die bekannte Spionageaffäre des Obersten Redl ausfloß. Wer die damaligen Zeiten miterlebt hat, wer die Vera der hochmütigen Soldatesta, der absolutistischen Gelüste des herrschenden Regimes, des Bürokratismus, des Kommiss, der Engstirnigkeit usw. und vor allem der Unantastbarkeit der k. u. k. Offiziere in der Presse miterlebt hat, der nahm damals mit Staunen die Offenheit und den rüchillosen Mut der amtlichen Kreise wahr, die sogleich über den Fall Redl genaue und umfangreiche Nachforschungen ausgaben. Und nicht nur das! Vor und liegt der Jahrgang der seinerzeitigen „Nar. Listy“, in dem während des Verlaufs der ganzen Affäre Artikel aus dem offiziellen „Stremdenblatt“, aus der „Militärischen Rundschau“ und aus vielen anderen offiziellen Blättern abgedruckt waren, die nicht verschweigende Details aus der Redlaffäre brachten. Und obwohl an einigen Stellen von den Mitschuldigen Redls gesprochen wird, von der schlechten Bewachung der Mobilisierungspläne usw. — wurden die bei der österreichischen Regierung sicher nicht beliebten „Narodni Listy“ auch nicht ein einziges Mal konfisziert.“

Wahrscheinlich Jahre haben sie dazu gebraucht, das wahrzunehmen, was der Vergleich der weichen Flede in den Zeitungen vor 1914 und nach 1918 doch jeden Schulbuben lehren könnte! Ja die guten alten Zeiten, wo die Zensur sich wenigstens genierete und wußte, was sie dem demokratischen Renommee eines Kaiserreiches schuldig war!

Kapitalistische Bauförderung.

Im Abgeordnetenhause finden eifrige Beratungen innerhalb der Regierungskoalition statt, die den Zweck verfolgen, einen Teil der Staatsunterstützung jenen, die seinerzeit allein oder als Mitglieder einer Genossenschaft mit Staatsgarantie gebaut haben, wegzunehmen. Unter denen, die sich damals etwa ein Einfamilienhaus gebaut haben, sind viele, die um ein Heim zu erhalten, sich verschuldet haben. Sie verkaufen sich darauf, daß ihnen der Staat einen Teil des Bauaufwandes vergüten werde. Das tat zwar der Staat nicht, aber er garantierte ihnen die Bezahlung eines Teiles der Zinsen für die eingegangene Schuld. Es war damals klar, daß der Staat sich dadurch verpflichtet habe, die Zinsen tatsächlich zu bezahlen und nur im Vertrauen darauf haben viele Menschen gebaut.

Der Krongeuge der Patentkrenzler.

Unsere modernen National-„Sozialisten“ geraten immer in einige Aufregung, wenn man sie beim richtigen Namen nennt und sie unter die bürgerlichen Parteien zählt. Stets und fest behaupten sie, keine bürgerliche Partei zu sein.

Für eine Gleichstellung aller staatlichen Ruheständler!

Die Vollversammlung des Reichsverbandes deutscher staatlicher Ruheständler.

In Brünn fand am vergangenen Mittwoch vormittags im großen Festsale des Deutschen Hauses die Vollversammlung des Reichsverbandes deutscher staatlicher Ruheständler statt, an der die Vertreter von 60 Bundesvereinen organisierter staatlicher Pensionisten und die Vertreter fast aller deutschen politischen Parteien teilnahmen.

Wider Recht und Gesetz hat das Gehaltsgesetz vom Jahre 1926 die vor dem 1. Jänner 1926 pensionierten Staatsbeamten von der Besserstellung, die es für einen Teil der Pensionisten mit sich bringt, ausgeschlossen.

Die in der Jahreshauptversammlung des Reichsverbandes deutscher staatlicher Ruheständler, Witwen und Waisen am 5. Juni 1929 in Brünn versammelten Vertreter der 60 Bundesvereine in Böhmen und Mähren-Schlesien und der in diesem Verbandsorganisierten vielen tausend Mitglieder, erheben unter dem Druck der ungeheuren, unveränderten Notlage, gemeinsam mit den tschechischen und slowakischen Ruheständlerorganisationen dieses Staates nachstehende Forderungen:

1.) Schaffung des seit 1. Jänner 1926 gesetzlich überfalligen, allgemeinen Pensiongesetzes mit vollkommener Gleichstellung aller Pensionistenkategorien auf der Grundlage des im Jahre 1926 geschaffenen, neuen Gehaltsgesetzes und seiner Bezüge im Laufe des Jahres 1929, rückwirkend vom 1. Jänner 1929.

2.) Gesetzliche Festlegung in diesem allgemeinen Pensiongesetz, daß jede künftige Besserstellung der aktiven Staatsangestellten sich stets automatisch auch auf alle Pensionisten früherer Kategorien zu erstrecken hat.

3.) Da die Pensionisten aus der Zeit vor dem 1. Jänner 1926 die weitest Bedürftigsten aller Kategorien von Staatsangestellten des Aktiv- und Ruhestandes sind, ist ihre vollkommene Gleichstellung nach dem Gehaltsgesetz zu allererst durchzuführen, bevor man andere, weniger bedürftige Staatsangestellte neuerlich besterfelt.

4.) Den Pensionisten der tschechoslowakischen Republik ist endlich die ihnen gleich allen anderen Staatsbürgern durch das Verfassungsgesetz ausdrücklich gewährleistete und ihnen durch nachträgliche Gesetze der Tschechoslowakischen Republik widerrechtlich entzogene Freizügigkeit im Wege des allgemeinen Pensiongesetzes zurückzugeben.

5.) Den tschechoslowakischen Staatspensionisten, welche mit behördlicher Bewilligung dauernd im Auslande leben, ist durch das allgemeine Pensiongesetz der ungelürzte Bezug und Genuß der rechtmäßig erworbenen Pension im gleichen Ausmaße zu sichern, wie sie die Staatspensionisten im Inlande beziehen.

was die Solden vom Hakenkreuz bewiesen haben, war nur, daß sie sich als getreue Schildknappen des Bürgerturns und der Reaktion bewährt haben und in allen Kämpfen auf der Seite des Bürgerturns zu finden waren. Aber nunmehr ist es den National- — mit allerhand Respekt zu sagen — „Sozialisten“ gelungen, den lächerlichen Beweis zu erbringen, daß sie wirklich und wahrhaftig „keine Bürgerlichen“ sind. Unter dem Titel: „Wir sind keine Bürgerlichen“ lesen wir im „Tag“ vom 6. „Brachet“ (zu deutsch Juni) u. a. folgendes:

„Wir Nationalsozialisten rechnen uns nicht zu den bürgerlichen Parteien, sondern wir sind in der Tat unserem Wesen nach etwas ganz anderes als sie. Wir rechnen uns auch nicht zur Rechten und wir sind weit entfernt, das zu sein, wozu man uns in anderen Parteien gerne immer stempeln möchte: äußerste Rechte, oder Rechtsradikale oder ähnliches. Wir sind weder „rechts“ noch „links“ und ganz besonders: wir sind nicht bürgerlich. Wir sind nationale Sozialisten!“

Geschrieben hat das der Herr — — Graf Reventlov (!) und von dem glauben wir bestimmt, daß er „kein Bürgerlicher“ ist. Wir sind logar überzeugt, daß der Herr Graf jeden, der ihn zum bürgerlichen degradierten würde, auf Sabel und Pistolen fordern würde und daß er kraft seines blauen Blutes und pochend auf die Grafenkrone hoch über dem „Bürgerpad“ steht. Wir möchten jetzt nur noch den gräßlichen nationalen Sozialismus kennen lernen und die sozialistische Politik, deren sich der Herr Graf im Interesse seiner Arbeiter befreitigt.

Die Verhandlung gegen Luka noch vor den Gerichtserien. Wie das „Narodni Opobezeni“ meldet, ist das Gericht bereit, dem Verlangen Lufas und seiner Verteidiger, daß es zur Verhandlung sobald als möglich kommen möge, Rechnung zu tragen. Man glaubt daher, daß es zu der Verhandlung noch vor den Gerichtserien kommen werde.

Vor der Liquidierung des Ernährungsministeriums. In der vorgestrigen Sitzung des Ausschusses des koalitierten Parteien wurde wieder einmal über die Liquidierung des Ernährungsministeriums, welche den bürgerlichen Parteien sehr am Herzen liegt, verhandelt. Es wurde ein Einvernehmen getroffen, wonach es bis zum 1. Juli 1930 zur Befeitigung dieses Ministeriums kommen soll. Selbst das wenige, was das Ernährungsministerium noch tut, ist also den bürgerlichen Parteien zu viel.



Artur Henderson, Außenminister der Arbeiterregierung in England.

Gibesleistung des englischen Kabinetts.

London, 8. Juni. (AP.) Macdonald und die Mitglieder der Regierung begaben sich heute nach Windsor, um dem König den Eid zu leisten und von ihm die Staatsfiegel in Empfang zu nehmen. Zur Bahn wurden ihnen vom Schloß Windsor fünf offene Wagen entgegengesandt, die von Reitern begleitet waren. Der König empfing die Minister nacheinander im Audienzsaale.

Trochli will nach England.

Stambul, 8. Juni. Trochli hat heute an Macdonald ein Telegramm gerichtet, wonach er wegen dringender ärztlicher Behandlung und wegen wissenschaftlicher Arbeiten um die Einreisegenehmigung nach England bittet. Das gleiche Gesuch hat er auch dem hiesigen englischen Konsulat übermittelt.

Die Lemberger Studenten trawallieren weiter.

Neue schwere Zusammenstöße mit der Polizei.

Lemberg, 8. Juni. Der Minister des Innern traf gestern mittels Flugzeuges in Lemberg ein, um sich an Ort und Stelle über die letzten Ausschreitungen in Lemberg zu informieren. Er wohnte auch dem Verhöre der Zeugen bei. Diese erklärten einmütig, es könne von einer absichtlichen Provokation seitens der Juden durch Störung der Fronleichnamspzession keine Rede sein. Der Minister stellte fest, daß die Reaktion gegen die vermeintlichen Provokationen erst am nächsten Tage abends erfolgte. 28 Personen wurden wegen Störung der öffentl. Ordnung verhaftet. Der Minister traf die strengsten Maßnahmen behufs Verhinderung weiterer Ausschreitungen der Hochschüler.

Die Rektoren der Lemberger Hochschulen stellten an die Studentenschaft ein Ultimatum, in welchem sie aufgefordert wird, den Vorlesestreik binnen drei Tagen zu beenden, widrigenfalls am Montag die gänzliche Schließung der drei Hochschulen erfolgen würde.

Die Russen unterstützen Feng.

Paris, 8. Juni. Eine Meldung der Agentur Judopacific aus Peking gibt nähere Aufschlüsse über die im Sowjetkonsulat in Charbin bei der vor kurzem unternommenen Hausdurchsuchung beschlagnahmten Dokumente. Es seien gefunden worden: 1. Ein Plan zur Volkswirtschaft der Mondschurei. 2. Ein Plan betreffend die materielle Unterstützung Fengsiangs. 3. Eine Anweisung an den Befehlshaber an der russisch-chinesischen Grenze, die Entsendung von Truppen aus Rußland für Tschangfaischek zu verhindern.

Bom Rundfunk.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

- Montag. 11.15 Schallplattenmusik. 12.30-13.30 (Sendung aus Brünn) Mittagessen. 16.30-17.30 (Sendung nach Peking) Radiofunkkonzert. 17.50 Deutsche Sendung. 19.00. Dr. Fritz Krauß, Prag: „Bienen und Blumen“. 18.25-18.45 Tschechischer Arbeiterchor: Ant. Rákos, „Sozialismus als Kulturbewegung“. 20.30 Übertragung aus Berlin: Orchesterkonzert. — Brünn: 12.30-13.30 Mittagessen; 16.45 D. O. Gries; 17.45 Deutsche Sendung; 18.15 Prof. Dr. Božek, Prag: „Die Arbeit des Lebens“. 19.00. Dr. Josef Čermák: „Ostatná Schlemena, der Realität und „Kritik“. 20.30-20.45 Übertragung aus Prag: Orchesterkonzert. — London: 11.35 Sommermusik. — Berlin: 19.00 Das Reichsparlament der Frauen in Berlin“. — Königsberger Arbeiterchor: 19.00 bis 19.30 Neue Stromlinien in der Philosophie. — Leipzig: 19.00 Dr. Wilhelm Olschewski: „Die Probleme der Wissenschaften“. 19.00 Richard-Strass-Studio. — München: 19.05: „Der Waffenschmied“. Sonntäglich Oper von Nürnberg. — Hamburg: 19.05: „Ante von Siebeltheater“. — Zlln“. Oper von Wolf-Ferrari. — Langenberg: 19.15 bis 19.45 Der Jock im unästhetischen Kostüm der Gegenwart.
- Dienstag. 11.15 Schallplattenmusik. 12.30-13.30 (Sendung nach Brünn) Mittagessen. 16.30-17.30 (Sendung nach Peking) Radiofunkkonzert. 17.50 Deutsche Sendung. 19.00. Dr. Fritz Krauß, Prag: „Bienen und Blumen“. 18.25-18.45 Tschechischer Arbeiterchor: Ant. Rákos, „Sozialismus als Kulturbewegung, zweite Teil. 19.00 Sommermusik. — Brünn: 17.45-18.15 Deutsche Sendung; 18.15 Prof. Dr. Božek, Prag: „Die Arbeit des Lebens“. 19.00 Das Reichsparlament der Frauen in Berlin“. — Königsberger Arbeiterchor: 19.00 bis 19.30 Neue Stromlinien in der Philosophie. — Leipzig: 19.00 Dr. Wilhelm Olschewski: „Die Probleme der Wissenschaften“. 19.00 Richard-Strass-Studio. — München: 19.05: „Der Waffenschmied“. Sonntäglich Oper von Nürnberg. — Hamburg: 19.05: „Ante von Siebeltheater“. — Zlln“. Oper von Wolf-Ferrari. — Langenberg: 19.15 bis 19.45 Der Jock im unästhetischen Kostüm der Gegenwart.

Tagesneuigkeiten.

Fasout vor dem Untersuchungsrichter.

Wie das „Pravo Lidu“ meldet, ist Fasout Spion aus eigener Initiative geworden. Er hat sich selbst dem reichsdeutschen Spiongedienst angeboten. In Deutschland hatte man zu dem Spion zunächst wenig Vertrauen, hat sich aber zu einer Probe mit ihm entschlossen.

In dem Verhör gibt Fasout angeblich nur das zu, was bereits vom Untersuchungsrichter absolut festgestellt wurde, hüllt sich aber darüber, was er ins Ausland geschleppt und dort bekanntgegeben hat, in Schweigen.

Ob noch andere Personen tschechoslovakischer Staatsbürgerschaft in die Angelegenheit verwickelt sind, darüber kann mit Rücksicht auf die Zensur nicht geschrieben werden.

Noch eine Skandalaffäre.

Zwei Zollbeamte verhaftet.

Rein Tag ohne Affäre. So kann man sagen. Raum hat sich die erste Aufregung der Bevölkerung über die verschiedenen Affären in der vergangenen Woche gelegt, kommt schon die Nachricht von einer neuen, diesmal einer Zollaffäre, die große Aufmerksamkeit annehmen soll.

Sturm auf ein französisches Gefängnis.

Weil er nicht zum Tode verurteilt wurde.

Paris, 8. Juni. Nach einer Meldung des „Paris Midy“ aus Limoges sollen bei den gestrigen anlässlich der Verurteilung des Schwurgerichtsurteiles gegen den Doppelmörder Baraia u. z. der nicht, wie erwartet, zum Tode verurteilt wurde, vor dem dortigen Gefängnis entstanden Unruhen, die bis zwei Uhr früh dauerten.

Die Manifestation erreichte in den Abendstunden, als die Arbeiterkraft die Fabriken verließ, ein großes Ausmaß. Die hauptsächlich von Kommunisten aufgewiegeltten Manifestanten versammelten sich, ausgerüstet mit verschiedenen Gegenständen, vor dem Gefängnisgebäude und versuchten, es im Sturm zu nehmen.

Das Verhör der Raichauer Zigeuner.

Raichau, 8. Juni. Das heutige Verhör mit den Moldau-Zigeunern begann mit jenem des Gemeindevorwandes aus Moldau, Michal Reszi, welcher eine Charakterisierung der Zigeuner entwarf und erklärte, daß diese bei der Untersuchung an der er, Reszi, beteiligt war, die Beteiligung an den Taten zugestanden hatten.

das Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Slaben, der konstatierte, daß gleich der erste Schuß, durch welchen Kusnal getroffen wurde, tödlich war. Auf die Frage des Staatsanwaltes, ob sich die Zigeuner im Gefängnis beschwerten, daß sie geschlagen wurden, gab Dr. Slaben eine verneinende Antwort. Er bemerkte, daß er sich mit den Moldauzigeunern des Dektorn befaßten mußte, da sie simulierten und zu den ärztlichen Visiten auch wegen Kopfschmerzen erschienen.

Germanenjug. In der Wiener Universität hat es dieser Tage wieder eine der alljährlich fälligen Kaufereien gegeben, in denen die völkische Studentenschaft den Hauptzweck des akademischen Studiums sieht.

Wir zogen Samstag um halb 12 Uhr vormittags, zum größten Teile im Braunhemd, auf und nahmen Aufstellung hinter dem Heldendenkmal in der Aula. Einige Zeit darauf erschien eine zionistische Verbindung, drängte sich durch unsere Reihen und versuchte auf die freieste Art und Weise, den bereits von uns eingenommenen Platz zu besetzen.

... Wir zogen Samstag um halb 12 Uhr vormittags, zum größten Teile im Braunhemd, auf und nahmen Aufstellung hinter dem Heldendenkmal in der Aula. Einige Zeit darauf erschien eine zionistische Verbindung, drängte sich durch unsere Reihen und versuchte auf die freieste Art und Weise, den bereits von uns eingenommenen Platz zu besetzen.

Die belgische Sozialdemokratie hat also gegenüber den letzten Wahlen nur 8.000 Stimmen oder ein Prozent ihrer Stimmenzahl eingebüßt. Dagegen bedeutet ihre Stimmengahl von 1929 der von 1919 gegenüber immer noch einen Zuwachs von 133.000 oder 21 Prozent.

mit der eisernen Hakenkreuzkoppel herunter und marschieren geschlossen zur Mensche. Wir verlassen die Aula. Links und rechts sind große Scharen von Juden, doch keiner wagt, unsere entschlossene Schar anzugreifen.

Ohne den Bericht überprüfen oder uns in die Auseinandersetzung zwischen Zionisten und Botanisten (wenn es wirklich nur eine solche war) menden zu wollen, möchten wir nur den Generalstabsbericht des „Tag“ an sich wertig. Der kennt hier Fäulnis und Fäulnisstudenten, aber die Lausbuben auf der andern Seite heißen „unsere Jungen“, wenn jene sich wehren, sind sie feige, wenn diese es tun, sind sie tatkräftig.

Tierschuß mit ungeeigneten Mitteln. In Prag findet ein Tierschußfest statt, dessen Bestrebungen ohne Zweifel weitestgehende Förderung verdienen. Der Tierschußverein selbst scheint ihnen allerdings mit Methoden aufzuziehen zu wollen, die der Sache nur Schaden können.

Der Manifestationsumzug der Hundebesitzer mit ihren Hunden findet morgen, Sonntag, statt. Treffpunkt: Löhwogasse, 1 Uhr. Der Umzug mit Musik geht über den Benceplatz, Graben, durch die Revolutions- und Weststrasse auf die Rabionasse, wo ein Fest mit Vorführung von Polizeihunden, Hundeschönheitskourieren, Busett, Tanz, Bio usw. veranstaltet wird.

Ob man das nun von der lächerlichen oder von der ersten Seite nimmt, in keinem Falle wird es dazu beitragen, in einer Gesellschaftsordnung, in der notwendig das Interesse am Menschen schutzt das sicher moralisch ebenso berechtigte am Tierschuß verdrängt, diesem ernsthaften Freunde zu werden.

Der Wahlausgang in Belgien wurde vielfach als eine Niederlage der Sozialdemokratie hingestellt. Daß es sich zwar um einen kleinen Rückschritt, keineswegs aber um einen ernstlichen Erschütterung der Partei handelt, beweist der „Peuple“ in einem Leitartikel, dem wir die folgenden Zahlen über die Entwicklung der belgischen Sozialdemokratie entnehmen:

1919	645.124 Stimmen
1921	671.563 Stimmen
1925	820.693 Stimmen
1929	812.850 Stimmen

Die belgische Sozialdemokratie hat also gegenüber den letzten Wahlen nur 8.000 Stimmen oder ein Prozent ihrer Stimmenzahl eingebüßt. Dagegen bedeutet ihre Stimmengahl von 1929 der von 1919 gegenüber immer noch einen Zuwachs von 133.000 oder 21 Prozent.

Abgeordneter Dr. Rubek, ein Angehöriger der slowakisch-merikalischen Partei, wurde aus der Partei ausgeschlossen, und zwar deswegen, weil er ein Anhänger der bereits vor einiger Zeit aus der Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Juriga und Tomanel ist.

Wafaryk leicht erkrankt. Aus Seelowitz wird gemeldet: Die für Sonntag festgesetzte Reife des Präsidenten der Republik nach Znaim, Böhmen und Krain wurde verschoben, weil der Präsident leicht erkrankt ist. Seine Erkrankung hat ihren Grund in dem raschen Wechsel der Lufttemperatur in den letzten Tagen.

Aufführung der neunten Symphonie Beethovens durch die Volks-Singgemeinde in Aufsig.

Die künstlerischen Bestrebungen unserer Arbeiterlänger in den letzten Jahren sind außerordentlich; der Wille zu großen musikalischen Taten hat sich auffallend rasch in die zur Bewunderung zwingende Tat umgesetzt. Die hervorragenden Leistungen der Arbeiterlänger beim vorjährigen ersten großen deutschen Arbeiterlängerversammlung in Hannover sind noch unvergessen; über die bedeutenden Erfolge deutscher Arbeiterlänger in Paris im Frühling dieses Jahres hat man erst kürzlich gelesen: Den großen Arbeiterchören in Deutschland nicht nachzusehen, war offenbar das Bestreben der Auffigiger Volks-Singgemeinde, als sie sich zur Aufführung der Neunten Symphonie Beethovens, eines der akortechisch und musikalisch schwierigsten Werke der gemischten Choraliteratur, entschloß.

und musikbegeisterter Menschen, sondern auch besonderen festlichen Geschehens.

Wir verzichten darauf, über Beethovens unsterbliches Meisterwerk Erläuterungen und kritische Betrachtungen zu geben; es ist auch unserer musikliebenden Arbeiterlängerschaft hinlänglich geläufig. Wir wollen uns heute nur mit der künstlerischen Leistung dieses Festkonzertes befassen und ihr die gebührende Würdigung zuteil werden lassen. Bei der Bewertung dieser Aufführung der Neunten Symphonie ist auf den künstlerischen Gesamteindruck der Wiedergabe des Werkes Rücksicht zu nehmen, dann auf die eigentlichen reproduktiven Leistungen des Chores, des Orchesters, der Solisten und des Dirigenten.

trifft. Die Diszipliniertheit des Chores ist außerordentlich, von unbedingter Gleichmäßigkeit im Rhythmischen und von außerordentlicher Reinheit und Sicherheit der Intonation; hervorragend gut und vorbildlich ausgeglichen ist das imponierende Stimmenmaterial des Chores, der auch im kräftigsten Forte, immer weich und rund im Klang ist und dessen Stimmgruppen ebenbürtig nebeneinander stehen. Rein chor-technisch, also in der Klarheit und Plastik der Ornamentik des schwierigen Chorparts und in der richtigen Anwendung der Atemführung, sich der Chor kaum einen Wunsch unbekümmert. Leider vermochte das mitwirkende Seso-Quartett mit den außerordentlichen Leistungen des Chores nicht Schritt zu halten. Fräulein Barbara Reithners blühender, schöner Sopran setzte sich zwar erfolgreich durch, ließ es aber an der nötigen Reinheit der Intonation fehlen. Fräulein Herlis Alt vermochte sich nicht einmal stimmlich zu behaupten; Herr Klarmüller gab dem Tenor-Soloparte zwar genügende stimmliche Kraft, ließ aber edlere stilistische Gestaltung vermissen; der Bariton Falgori schließlich zeigte sich wohl im Besten eines schönen und warmimbrachten Bass-baritons, ging aber zu wenig aus sich heraus. Im Zusammenklänge dieser vier Stimmen zeigte es sich, daß hier auch noch so schöne, ad hoc zusammengestellte Stimmen noch lange nicht einklanglich und stilistisch entsprechend abgestimmtes Soloquartett ergeben. Auch das den instrumentalen Teil des Konzertes bestreitende verstärkte Auffigiger Theater-Orchester befriedigte nicht immer; merkwürdiger Weise waren seine Bläser besser als die Streicher.

Der soziale Horizont der bürgerlichen Presse wird am sichersten durch ihre humoristische Rubrik abgefeckt. Da erscheint in der „Bohemie“ eine Zeichnung, die zwei Dienstmädchen vor einem Bücherregal darstellt, dazu der Text:

„Wollen wir nicht beide am Ersten gehen?“
„Ausgeschlossen! Ich gehe erst übernächsten Ersten. Ich muß erst den Roman zu Ende haben.“

Ein Dienstmädchen, das Romane liest! Für den Bürger, der nur die „Bohemie“ liest, und selbst diese leberne Kost dem Dienstmädchen vielleicht vorenthält (wofür es dann nur dankbar sein kann), ein tief humoristischer Fall! Für die Dienstmädchen mögen solche Episoden Ermunterung sein, mitzulämpfen um das Ziel, daß einmal der Bürger von heute das Privileg genießt, nicht nur seine Romane allein zu lesen, sondern auch seine Stiefel selbst zu putzen.

Der rasende Tod. Auf der Landstraße bei Pestienbürc, einem Vorort von Budapest, fuhr ein Personenauto in den Straßengraben und überfuhr dort vier spielende Kinder. Ein Knabe wurde getötet und drei Mädchen schwer verletzt.

Tod beim Turnen. Auf dem Turnplatz des Arbeiternturnvereins in Ansdorf bei Haida turnten vier junge Leute, zwei Burchen und zwei Mädchen, gemeinsam am Rundlauf. Plötzlich brach der Mast unten ab und traf im Sturze die 16 Jahre alte Hilde Bedel so unglücklich, daß sie einen Schädelbruch erlitt und ihr der Brustkorb eingedrückt wurde. Sie starb im Krankenhaufe, ohne das Bewußtsein zurückerlangt zu haben.

Ende der Vesuv-Eruption. Nach einer Meldung des Vesuv-Observatoriums ist die Eruptionstätigkeit des Vesuv, die gestern den ganzen Tag über anhielt, in den Abendstunden zum Stillstand gekommen. Das Ausströmen von Lava hat aufgehört. Man kann sich jetzt sogar schon dem Krater ohne besondere Gefahr nähern.

Hauseinsturz. Bei Mailand ereignete sich gestern neuerlich, wie erst kürzlich in Neapel, der Einsturz eines großen Miethauses, das im Bau begriffen war. Hierbei wurden elf Arbeiter verletzt. Ein Arbeiter konnte lebend aus den Trümmern hervorgezogen werden.

Projektrevision nach 1900 Jahren. Die Amerikaner schlagen uns doch immer wieder. Raum haben sie gehört, daß bei uns einige zweifelhafte Verurteilungen revidiert, einige nicht ganz einwandfrei geführte Prozesse wieder aufgenommen wurden, da haben sie auch schon diesen Fortschritt der Kultur für sich in Anspruch genommen. Sie machen das gleich gründlich und radikal und fangen richtig von vorn an. So hat sich unter amerikanischen Juden ein Komitee — unter Führung eines bekannten Industriellen — gebildet, das die Aufrollung des Prozesses des Pilatus gegen Christus in die Wege leiten soll. Ein ganzes Schock Gelehrter wird angeboten, um die Quellen zu prüfen und den Prozeßbericht nach Möglichkeit genau zu rekonstruieren. Wer in dem neuen Prozeß anstelle des inzwischen verstorbenen Pilatus den Vorsitz führen soll, ist noch nicht bekannt.

Eigenartige Zumutung. In Wien war ein ungarißer verarmter Baron von Andrassy als Vertreter in einem Vergnügungsetablissemnt beschäftigt. Vor einiger Zeit wurde er von dem Besitzer des Etablissemnts aufgefordert, den Autoführer eines Konkurrenzunternehmens „in die Presse zu schlagen“. Für diese Tat sollte er eine besondere Belohnung erhalten. Der ungarische Baron hatte noch so viel Adel in sich, diese unerhörte Zumutung abzulehnen. Er verließ sofort die Stelle und klagte nun vor dem Arbeitsgericht Wien auf Rüdnigungsentschädigung. Das Arbeitsgericht sprach ihm diese Entschädigung zu. Der Kläger sei — so wird in der Begründung gesagt — berechtigt gewesen, die Forderung abzulehnen und die Stelle sofort zu verlassen.

Dies offenbarte sich in der zur Einleitung des Konzertes gespielten „Coriolan-Overtüre“ Beethovens noch mehr als in den Orchesterfugen der Neunten Symphonie. Es mag auch am Dirigenten gelegen haben, daß er auf die kantable, weiche Tongebung der Streicher nicht mehr Gewicht legte. Ueber den Dirigenten Leo Franz selbst, der seine Ausbildung der Prager Deutschen Musikakademie verdankt, ist zu sagen, daß er nicht so sehr Temperamentsmusiker und Ekstasiker ist, als ein sorgfältiger und liebevoller Denker des interpretierten Werkes. Seine rhythmische Begabung ist stärker als seine Kunst der dynamischen Abtönung. Die nervöse Unruhe und Hast, die diesmal bisweilen seiner Stabführung anhaftete, mag durch das bedeutungsvolle Ereignis dieser ersten Konzertaufführung der Neunten Beethoven-Symphonie entschuldigt werden; grundsätzlich aber wird er künftig in der Phrasierung mehr auf Plastik zu setzen haben und den einzelnen thematischen Hauptperioden wirkkamere Fassuren vorangehen lassen müssen. Der künstlerische Erfolg des Abends war außerordentlich; der Dirigent, die Solisten, das Orchester, vor allem aber der wirklich ausgezeichnete Chor, wurden von dem in Begeisterung verlesenen, das Haus in allen Rängen sülenden Publikum mit Beifall überschüttet. Zu bedauern war hinsichtlich der Organisierung des Konzertes, daß man auf die Ausgabe von Programmen verzichtet hatte; so blieb das Publikum nicht nur im Unklaren über die Reihenfolge der Vortragwerke, sondern auch über die Namen der mitwirkenden Solisten.

Edwin Janetzsch.

Verkehrsunfall. Auf dem verkehrsreichen Vorplatz in Düsseldorf fuhr am Freitag mittag ein Betriebskraftwagen der Mineralölwerke Rhe...

Die Ursache der Bluterkrankheit. Die Bluterkrankheit, die darin besteht, daß das Blut der davon betroffenen Menschen nicht gerinnt, so daß durch den Mangel des wundheilenden Schorfes Blutungen nicht zum Stillstand kommen, gab den Medizinern bisher ein schweres Rätsel auf.

Der verhängnisvolle Radelstich. Vor dem Berliner Arbeitsgericht wurde die Schadenersatzklage einer Hausangestellten gegen einen Arzt, bei dem sie in Behandlung gewesen war, verhandelt.

Mädchen weiter arbeiten. Der Arzt erklärte den Stich für ungefährlich. Am folgenden Tag war Blutvergiftung eingetreten, die Hand war völlig steif.

Beförderung von Gütern nach den westböhmischen Wäldern. Die Staatsbahndirektion Prag-Kord hat, um den Wünschen und dem Bedarfe der Interessenten hinsichtlich der Beschleunigung der bisherigen Beförderung der namentlich für Karlsbad und Teplitz-Schönan bestimmten Güter möglichst entgegenzukommen, beim Personenzug Nr. 515/1511 für diese Güter einen Kurzwagen von der Station Bubna ob. Bf. nach der Station Karlsbad ob. Bf. und beim Personenzug Nr. 735/1501 einen ebensolchen Wagen von Bubna Unt. Bf. nach der Station Teplitz-Schönan eingeführt.

Der deutsche staatliche Lehrgang für Buchwärter findet heuer in Prag in der Zeit vom 15. Juli bis 3. August statt. Im Lehrplan Gesetzeskunde, Bücherverwaltung, Literaturkunde, Gemeinsame Unterkunft, Fahrpreismäßigung, Vortragende: Stadtbuchwart Dieber, die Instruktoren Prof. Dreyhausen, Dr. Moucha.

Deutsche Kinderlektüre Prag. Die Ergänzung des Bücherstandes erfolgt systematisch und in raschem Tempo. Die Einreichung der in der letzten Zeit vom Buchereiate bestellten etwa 1500 Bände hat infolge der Ueberfüllung der Zentrale eine mehrmonatige Verzögerung erfahren.

Frauen, die zum ersten Mal gewählt haben, bei der großen politischen Entscheidung spielten. Der Wechsel, der sich in der geistigen Einstellung der Frauen im Laufe der letzten 20 Jahre vollzogen hätte, sei wirklich ganz erstaunlich.

und Wahlversprechungen haben sie nicht interessiert. Unter diesem Gesichtspunkt haben sie sich zu einem großen Teil für uns entschieden.

Für das bisherige Wahlsystem. Einen Hinweis auf die Ungerechtigkeiten, zu denen das gegenwärtige britische Wahlsystem geführt habe, beantwortete Macdonald mit einer scharfen Polemik gegen das proportionale Wahlsystem, das er stets bekämpft habe und das daran schuld sei, wenn heute keine sozialistische Partei auf dem Kontinent zu einer Mehrheit gelange.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Die Lohnbehandlungen in der maschinellen Fensterglasindustrie. Kommunisten und Unternehmer.

Mit Ende April 1929 leiteten die vereinigten Verbände der Glasarbeiter gemeinsam mit dem internationalen Metallarbeiterverbande in Komotau eine Lohnaktion auch in der Hohlglas- und maschinellen Fensterglasindustrie ein.

wird. Die Vertreter des Glasindustriellenverbandes sowie des J. A. B. waren sichtlich überrascht, als die vereinigten Glasarbeiterverbände mit dem internationalen Metallarbeiterverbande mit ihren weitergehenden und berechtigten Forderungen in den Gang der Verhandlungen eingriffen.

Titel. Internationaler allgewerkschaftl. Verband Lohnbewegung 1929. Maschinenglas. Wir sind im Besitze Ihres Schreibens vom 1. d. M., das Sie uns persönlich heute, am 2. d. M. übergeben haben und in welchem Sie im Auftrage der Arbeiterschaft der Fensterglasindustrie, maschinelle Erzeugung und Handergangung in Unterbrechnung, die Kollektivverträge der betreffenden Arbeiterschaft kündigen.

Die Vertreter der Glas- und des Metallarbeiterverbände warteten nun am Freitag, den 30. Mai auf die zugesagte Verständigung, welche nicht erfolgte, sondern mußten in Erfahrung bringen, daß der Sekretär Babulik mit einem Vertrauensmann des J. A. B. den ganzen Tag in der Kanzlei des Glasindustriellenverbandes mit Herrn Dr. Fiedler ohne Beisein der anderen Vertrauensleute und der anderen Verbandsvertreter von den vereinigten Glasarbeiterverbänden verhandelt hat.

Nach dieser Absage verlegten sich diese Revolutionäre auf das Bitten und Betteln bei den Glasindustriellen und ersuchten um eine Aussprache, welche am 13. Mai 1929 ohne Verständigung der anderen Verbände nur zwischen den Vertretern des Glasindustriellenverbandes und des J. A. B. stattfand.

Am Dienstag, den 4. Juni 1929 wurden dann die offiziellen Verhandlungen fortgesetzt, wo nur über die Forderungen des J. A. B. verhandelt wurde. Dagegen protestierten die Vertreter der vereinigten Verbände der Glasarbeiter und des intern. Metallarbeiterverbandes und forderten, daß über ihre Vorschläge verhandelt werde, was dann für Donnerstag, den 6. Juni zugesagt wurde.

die Arbeiterverbände in den darauf folgenden Verhandlungen am 29. Mai überreicht, wobei durch den Herrn Dr. Fiedler zugesagt wurde, daß er am Freitag, den 31. Mai 1929 den Tag der Verhandlungen über diese Forderungen bekanntgeben

Am Donnerstag, den 6. Juni mußten nun die Unternehmer mit den Vertrauenspersonen der vereinigten Glasarbeiterverbände sowie des internationalen Metallarbeiterverbandes über ihre Forderungen verhandeln, wobei es ihnen gelungen ist, das Verhandlungsergebnis wesentlich zu verbessern. Während der Verhandlungen am 6. Juni teilte der Herr Dr. Fiedler den anwesenden Vertrauenspersonen mit, daß ihm der Sekretär Babulik telephonisch mitgeteilt habe, daß er bereit sei, den Vertrag am Samstag, den 8. Juni zu unterschreiben.

Aus dem ganzen Benehmen der Sekretäre des J. A. B. gegenüber den Glasindustriellen kann man feststellen, die Kommunisten infolge ihrer organisatorischen Schwäche nicht in der Lage sind, für die Rechte der Arbeiterschaft einzutreten. Die Unternehmer fürchten auch gar nicht mehr diese kommunistischen Scheingewerkschaften, sondern verwenden sie nur noch zur Belämpfung der freien Gewerkschaften.

Unterredung mit Macdonald.

Der Führer der Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald empfing am Montag den Korrespondenten des „Soz. Presse-Dienst“ in seinem Heim in Hampstead.

Die überaus anstrengenden Wochen, die hinter Macdonald liegen, scheinen an dem Führer der Arbeiterpartei völlig spurlos vorübergegangen zu sein. Sein Gesicht war weitergeklärt, als ob er von einer Wanderung im Hochlande seiner schottischen Heimat, nicht aber von einem schweren Wahlkampf zurückgekommen wäre.

Ramsay Macdonald äußerte sich zunächst befreit über den Ausgang der Wahlen, den er als „außerordentlich“ geschlossen bezeichnete. Natürlich hatte er eine absolute Majorität vorzuziehen. „Unser Sieg hat mir eine ungeheure Menge von Telegrammen aus der ganzen Welt gebracht“, fuhr Macdonald mit einer Geste nach seinem Schreibtisch fort. „Alle Länder sind in diesen Glückwünschen vertreten — mit der einzigen bezeichnenden Ausnahme von Rußland. Die Wahlen haben vor allem zwei Dinge eindeutig bewiesen: Das Land will eine andere Regierung, und zweitens: das Land hat Vertrauen zur Arbeiterpartei und wünscht, sich und sein Interesse von der Labour Party in der Regierung vertreten zu sehen.“

Für die Abrüstung. Auf die Frage, wie er die europäische Gesamtsituation beurteile und ob er noch der Auffassung sei, daß es Jahre dauern würde, ehe die Sünden der Regierung Baldwin in wieder gutgemacht werden könnten, und ob er glaube, daß in der gegenwärtigen Situation mit Erfolg außenpolitische Schritte von Großbritannien getan werden könnten, antwortete Macdonald: „Es ist immer an der Zeit, etwas zu tun und die Dinge vorwärts zu treiben. Wenn wir morgen an die Macht kommen, werden wir im nächsten Tage mit der Sondierung der Situation und der Ausstreckung von Fühlern beginnen.“

Macdonald wandte sich hierauf gegen den Versuch, ihn auf bestimmte Aktionen und Formeln festlegen zu wollen. „Die richtige Methode ist, mit Gesprächen mit Staatsmännern und Diplomaten zu beginnen und diese internationale Aussprache ständig in Fluß und Bewegung zu halten, um zu verhindern, daß eine Stagnation wie die gegenwärtige eintritt.“ Zur Abrüstungsfrage machte der Führer der Arbeiterpartei einige hochinteressante und politisch bedeutungsvolle Feststellungen. Macdonald machte einen prinzipiellen Unterschied zwischen den kleinen und den großen Nationen. Sie seien beide in durchaus verschiedener Lage: „Es gibt kein kleines Land, das sich wirklich verteidigen kann. Wird es überfallen, so helfen ihm 10.000 Mann und ein Panzerkreuzer nicht im geringsten. Es kann sich militärisch und machtpolitisch weder schützen noch sichern. Eine große Nation ist in einer etwas anderen Situation. Sie kann sich machtpolitisch bis zu einem gewissen Grade schützen, aber auch sie kann keinen Krieg verhindern. Ihre militärische Macht stellt für sie einen Ersatz (booth) dar, mit dem sie verhandeln kann. Ihre wirkliche Abrüstung hat daher ein internationales Abrüstungsabkommen zur Voraussetzung. Darum muß sich ihre Politik, was die Abrüstung betrifft, in der Richtung auf die Herbeiführung eines solchen internationalen Abkommens bewegen.“

Das Gespräch wandte sich hierauf den psychologischen Voraussetzungen des großen Sieges der Arbeiterpartei zu, wobei Macdonald die interessante Behauptung aufstellte, daß es der Erfolg der Arbeiterregierung von 1924 gewesen sei, welcher der Arbeiterpartei in der vergangenen Woche ihren Sieg gegeben habe. Auf die Frage nach dem Einfluß des Generalstreiks auf den Ausgang der Wahlen stellte Macdonald ausdrücklich fest, daß alle konservativen Verluste, unter Hinweis auf die Ereignisse von 1926 eine Panik gegen die Arbeiterpartei zu erzeugen, ebenso verpufft seien wie der Versuch, die Arbeiterpartei als eine Gefahr für die Verfassung Großbritanniens oder für die finanzielle Sicherheit und den Kredit des Landes hinzustellen.

Die „Flappers“. Mit besonderer Wärme besprach Macdonald dann die Rolle, die insbesondere die jungen

Wahlversprechungen haben sie nicht interessiert. Unter diesem Gesichtspunkt haben sie sich zu einem großen Teil für uns entschieden. Sie haben mit der politischen Tradition gebrochen, und wir können über die Art und Weise, wie sie das getan haben, nicht genug dankbar sein. Ein Hinweis auf die Ungerechtigkeiten, zu denen das gegenwärtige britische Wahlsystem geführt habe, beantwortete Macdonald mit einer scharfen Polemik gegen das proportionale Wahlsystem, das er stets bekämpft habe und das daran schuld sei, wenn heute keine sozialistische Partei auf dem Kontinent zu einer Mehrheit gelange. Im übrigen betonte Macdonald, daß er an dieser Frage „nicht im geringsten interessiert“ sei, so lange man nicht einen wirklich idealen Ersatz für das britische Wahlsystem gefunden habe. Diese anscheinend rein theoretische Frage und Antwort besitzt insofern hohes aktuelles Interesse, als es immer deutlicher wird, daß die Art und das Ausmaß einer liberalen Unterstützung der Arbeiterpartei im Unterhaus in hohem Grade davon abhängen wird, ob sich die Arbeiterpartei auf eine Konzeption gegenüber den Liberalen in der Frage der Wahlrechtsreform einlassen wird. Macdonalds Erklärungen zu dieser Frage lassen keinen Zweifel offen, daß eine weitgehende Reform für die Arbeiterpartei nicht in Frage kommt. Es wird immer deutlicher, daß weder die Konservativen noch die Arbeiterpartei ein Entgegenkommen in dieser Frage gegenüber den Liberalen zeigen werden und daß sie sich in ihrem Vernichtungskampf gegen die liberale Partei einig zu sein scheinen.

